

«Man sollte nicht in Gegnerschaft denken»

Politikerinnen und Politiker sensibilisieren und Mehrheiten für politische Anliegen finden. Das ist der Job von Walter Stüdeli, Lobbyist der Schweizer Psychologieverbände



«Es wird teurer, nichts zu machen und psychisch kranke Menschen leiden zu lassen», sagt Walter Stüdeli.

JOËL FREI

Sie arbeiten seit 2015 für die Psychologieverbände FSP, SBAP und ASP. Warum haben Sie dieses Lobbying-Mandat angenommen?

Weil ich es als sinnvoll und wichtig erachte, dass wir bei der psychologischen Psychotherapie politisch vorwärtskommen. Und weil es eines dieser David-gegen-Goliath-Mandate ist, die ich sehr mag.

Wer ist der Goliath?

Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI). Um zum Anordnungsmodell zu wechseln, ist eine Verordnungsänderung nötig. Die Kompetenz dazu hat der Bundesrat.

Also die Psychologieverbände gegen den Bund?

Die Psychologieverbände mit dem Bund. Man sollte nicht in Gegnerschaft denken, auch wenn das manchmal nicht einfach ist. Für Lösungen sind wir auf den Bundesrat angewiesen. Wir haben erfahren, dass Gesundheitsminister Alain Berset willens ist, dem Gesamtbundesrat eine Lösung vorzuschlagen. Wir wissen, dass Verordnungsentwürfe vorliegen. Die Frage ist, wann der Bundesrat die Vernehmlassung eröffnet.

Ihre Agentur betreut nur Lobbying-Mandate, mit denen Sie sich inhaltlich identifizieren können. Warum können Sie hinter den Anliegen der Psychologinnen und Psychologen stehen?

Wenn man die Fakten anschaut, dann ist für mich klar, dass es bei der psychotherapeutischen Versorgung einen Notstand gibt. Dieser muss möglichst schnell beseitigt werden. Ich helfe gerne mit, hier politische Lösungen zu finden.

Auf der Website Ihrer Agentur steht: «Wir wirken an gesellschaftlichen Veränderungen mit, die einer Mehrzahl von Akteuren Nutzen stiften und nicht die Maximierung von Individualinteressen zum Ziel haben.» Inwiefern passt diese Vision zum Mandat, das die Psychologieverbände Ihnen aufgetragen haben?

Es ist die Aufgabe eines Staates, für eine gute medizinische Versorgung der Bevölkerung zu sorgen. Darunter fällt sowohl die körperliche als auch die psychische Gesundheit. Bei der Psychotherapie gibt es eine Unterversorgung. Wenn wir die Behandlung psychischer Krankheiten sicherstellen, ist das ein gesellschaftlicher Nutzen. Es wird kritisiert, dass wir den Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zu mehr Lohn verhelfen möchten. Das ist nicht meine Motivation. Ich möchte eine gute Versorgung erreichen und ich bin überzeugt, dass auch die Psychologieverbände und ihre Mitglieder das wollen. Und es ist nicht verboten, dass wir dabei auch den Mitgliedern der Verbände helfen.

Nehmen wir an, ein Politiker sagt Ihnen: «Es ist schon wichtig, dass es den Leuten psychisch gut geht. Aber wir können uns den Prämienanstieg nicht leisten.» Wie überzeugen Sie ihn?

Ich würde versuchen, ihn vom Leid der psychisch kranken Menschen und den möglichen Lösungen bezüglich einer besseren Versorgung zu überzeugen. Und ihn auf die Konsequenzen hinweisen, wenn psychische Erkrankungen nicht oder zu spät behandelt werden. Die Politik ist zwar nicht am Einzelschicksal interessiert. Aber wenn solche Schicksale gehäuft auftreten, dann werden sie politisch relevant. Derzeit möchten Politikerinnen und Politiker unbedingt die Gesundheitskosten reduzieren. Man muss ihnen erklären, dass dies bei einer Unterversorgung, wie im Bereich der Psychotherapie der Fall, nicht sinnvoll und nicht möglich ist. Es ist eine politische Aufgabe, für eine adäquate Versorgung zu sorgen. Dies ist bei einer Unterversorgung mit Mehrkosten verbunden. Es wird teurer, nichts zu machen und psychisch kranke Menschen leiden zu lassen. Denn dies führt zu enormen Folgekosten für das Umfeld und für die Wirtschaft, etwa indem die Absenzen bei der Arbeit zunehmen. Wichtiger als die Kosten ist aber der Auftrag, eine gute Versorgung zu erreichen.

Wie muss man sich Ihren Arbeitsalltag als Lobbyist vorstellen?

Wenn Sessions stattfinden, also wenn sich die Ratsmitglieder zu Beratungen im Bundesparlament versammeln, kann ich mich frei im Bundeshaus bewegen – dank einem Zutrittsbadge. Jedes Ratsmitglied kann zwei solche Badges verteilen. In dieser Zeit treffe ich viele Ratsmitglieder. Aber auch ausserhalb der Sessions gibt es bilaterale Treffen. Bei Gesetzesänderungen und parlamentarischen Vorstössen ist es wichtig, dass man in den parlamentarischen Kommissionen Kon-

«Ein bisschen Weltverbesserer bin ich schon.»

takte pflegt. Heute zum Beispiel treffe ich im Rahmen eines anderen Mandats ein Mitglied der Gesundheitskommission des Nationalrats. Wir schauen zusammen, wie wir am besten eine Mehrheit für das Anliegen meines Auftraggebers finden können.

Sprechen Sie auch mit Bundesrat Alain Berset?

Wir haben wenig direkten Kontakt mit dem Gesundheitsminister selber, aber wir führen viele Gespräche mit seiner Entourage. Enge Kontakte haben wir mit dem Bundesamt für Gesundheit (BAG). Dort stehen wir mit den Dossierverantwortlichen auf allen Stufen in Verbindung.

Weshalb sind Sie Lobbyist geworden?

Das Politische hat mich schon immer fasziniert. Insbesondere interessiert mich, wie Entscheidungen zustande kommen und wie man sie beeinflussen kann. Zudem ist es ein Privileg, dass ich mit Ratsmitgliedern unterschiedlichster Couleur, von der SP bis zur SVP, Kontakte pflegen darf. Dass ich einen Beitrag dazu leisten kann, dass das Gesundheitswesen ein klein wenig besser wird, ist meine Motivation, dieser Arbeit nachzugehen. Ein bisschen Weltverbesserer bin ich schon. ♦